

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler Mdl

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann Mdl

www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- **2,8 Mio. € Sofort-Hilfe des Bundes für den Kreis**
- **Kraft kassiert vierte Niederlage vor Verfassungsgericht**
- **Gemeinsam gegen Fracking – auch in den Niederlanden!**
- **Tariftreue- und Vergabegesetz ist Bürokratiemonster**
- **Inklusion: Kostenerstattung ist Recht der Kommunen**
- **Neues Bestattungsgesetz**
- **Kibiz-Novelle: gut gemeint, schlecht gemacht**
- **Handeln statt Reden: Breitband-Förderung aufstocken**
- **Unterrichtsausfall muss wieder erhoben werden**
- **Offensiv gegen Ärztemangel**

2,8 Mio. € Sofort-Hilfe des Bundes für den Kreis

Der Kreis Kleve und die sechzehn kreisangehörigen Kommunen erhalten im kommenden Jahr insgesamt mehr als 2,8 Mio. € „Sofort-Hilfe“ des Bundes. Die Entlastung der Kommunen erfolgt hälftig durch einen höheren Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) sowie durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer. KdU werden SGB II- und Sozialhilfeempfängern für die Kosten der Unterkunft und Heizung gewährt. Der Kreis wird durch die erhöhte Kostenbeteiligung um 1,4 Mio. € entlastet. Aus dem erhöhten Umsatzsteueranteil fließen zusätzlich mehr als 1,4 Mio. € in den Kreis.

Geldsegen aus Berlin

Insgesamt werden den Kommunen und Kreisen in den kommenden drei Jahren 1 Mrd. € jährlich zur Verfügung gestellt. Nach NRW fließen allein rund 250 Mio. € jährlich. Der

Geldsegen aus Berlin ist ein weiteres wichtiges Signal des Bundes zur finanziellen Stärkung der Kommunen.

Kommunal Finanzen unsicher

Die Finanzausstattung der Kommunen in NRW steht durch die Politik von Rot-Grün vor einer unsicheren Zukunft. Bereits seit der Vorstellung der Eckpunkte des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2015 ist klar: Rot-Grün verfestigt den Kurs der ungerechten Mittelverteilung. Die Situation wird durch jetzt erlassene Haushaltssperre weiter verschärft.

Kraft kassiert vierte Niederlage vor Verfassungsgericht

Anfang Juli hat der Verfassungsgerichtshof in Münster in seltener Deutlichkeit festgestellt, dass das rot-grüne Besoldungsgesetz 2013/2014 gegen die Landesverfassung verstößt. Das Urteil betrifft auch viele Kommunalbeamte in den Rathäusern unseres Kreises sowie im Kreishaus. Damit kas-

siert die Regierung Kraft bereits die vierte Niederlage beim Verfassungsgerichtshof seit 2010.

Haushaltssperre und Rücktrittsforderung nach Urteil

Die Reaktionen auf das Urteil sind bezeichnend: Der NRW-Finanzminister hat eine Haushaltssperre verhängt. Und: Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW hat den Rücktritt von Kraft gefordert. Im größten Berufsverband sind 3.600 der ca. 5.400 Richter und Staatsanwälte organisiert.

Rot-Grün boxte Anfang des Jahres das Gesetz gegen den geballten Sachverstand von 20 der 21 Experten in der Landtags-Anhörung und trotz vieler Mahnungen durch – und bekam jetzt die Quittung dafür.

CDU fordert verfassungskonformes Besoldungsgesetz

Die CDU-Fraktion erwartet, dass die Landesregierung umgehend einen verfassungskonformen Entwurf eines neuen Besoldungsgesetzes vorlegt.

Gemeinsam gegen Fracking – auch in den Niederlanden!

Die Kreis Klever CDU-Landtagsabgeordneten lehnen den Einsatz von Fracking weiter strikt ab. Das gilt auch für Pläne der Niederlande, die umstrittene Technik unmittelbar im Grenzgebiet zu Deutschland einzusetzen.

Beide Abgeordnete haben gegen die Pläne Einspruch bei der niederländischen Regierung eingelegt. An der Unterschriftenaktion des CDU-Kreisverbands Kleve, mit der Einsprüche gegen die Pläne aus Den Haag gebündelt wurden, beteiligten sich mehr als 150 Bürgerinnen und Bürger aus unserem Kreis.

Forschung und Geduld statt gefährlicher Experimente

Beim Fracking werden Wasser und Chemikalien wie Benzol in den Boden gepresst, um die Durchlässigkeit des Erdreichs für die Erdgasförderung zu erhöhen. Das birgt nach heutigem Stand große Risiken für Mensch, Umwelt und die Trinkwasserversorgung, auch weil die Städte im Kreis zum großen Teil ihr Trinkwasser aus dem Rhein gewinnen. Das belegen auch zwei Gutachten des Bundesumweltministeriums und der Landesregierung unmissverständlich.

Zum Fracking liegen klare Beschlüsse der CDU-Fraktion vor. Diese hatte sich bereits im vergangenen Jahr direkt an die Bundeskanzlerin gewandt und so ein Gesetzesvorhaben auf Bundesebene verhindert. Gesundheitsgefährdende Chemikalien haben im Boden und im Grundwasser nichts zu suchen. Die Ab-

geordneten setzen auf die Innovationsstärke der Unternehmen und die Entwicklung unschädlicher Verfahren zur Erdgasgewinnung.

Tariftreue- und Vergabegesetz ist Bürokratiemonster

Der Landtag hat mit Stimmen von SPD, Grünen und Piraten die von der FDP vorgeschlagene und von der CDU unterstützte Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes abgelehnt. Damit verpasst Rot-Grün wieder einmal die Chance zu Bürokratieabbau und Entlastung.

In seiner Plenarrede zog Bergmann ein klares Fazit: Das rot-grüne Tariftreue- und Vergabegesetz ist ein unnötiges Bürokratiemonster.

Praxistest nicht bestanden

Das Gesetz ist für Unternehmen und die öffentliche Hand gleichermaßen praxisfern und viel zu arbeitsaufwendig. Nicht zuletzt die Anhörung zeigte, dass das Gesetz erhebliche rechtliche und praktische Probleme verursacht und gerade nicht bei der Erreichung der zweifelsohne wünschenswerten sozial- und umweltpolitischen Ziele hilft. Es ist mit fachfremden Aspekten und Anforderungsprofilen überfrachtet. Für die Bürger ist es in der Konsequenz mit neuen und steigenden Kosten verbunden.

Inklusion: Kostenerstattung ist Recht der Kommunen

Nach langem Hin und Her und vielen mahnenden Einwendungen seitens der CDU wurde nun ein Kompromiss zwischen Land und Kommunen zur finanziellen Förderung der schulischen Inklusion gesetzlich verankert. Auch auf Druck der kommunalen Spitzenverbände war Rot-

Grün gezwungen, ein Gesetz zu verabschieden, in dem sich das Land verpflichtet, für die kommenden fünf Jahre insgesamt 175 Millionen € der kommunalen Kosten für die Inklusion zusätzlich zu übernehmen.

Wichtige Fragen weiter offen

Eine ausreichende Finanzierung der Inklusion ist eine der wesentlichen Gelingensbedingungen für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern. Aber über diese wichtige Frage sind leider viele andere Fragen auf der Strecke geblieben, was der guten Sache des gemeinsamen Unterrichts schadet. Die CDU-Fraktion hofft, dass zukünftig die Frage der Qualitätsverbesserungen und Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für unsere Kinder an allen Schulen in diesem Land in den Vordergrund rücken kann.

Konnexität ist Verpflichtung

SPD und Grüne dürfen sich nicht als „kommunalfreundlich“ rühmen, denn diese Kostenerstattung ist ein Recht der Kommunen und gleichzeitig eine Pflicht des Landes. Konnexität ist somit keine Verhandlungsmasse, sondern Verpflichtung.

Neues Bestattungsgesetz

In NRW dürfen künftig auch muslimische Friedhöfe errichtet werden. Der Landtag hat ein entsprechendes Bestattungsgesetz verabschiedet, wodurch auch eine ortsnahe Bestattung nach eigenen Bestattungsriten erleichtert wird; schließlich leben rund 1,3 Mio. Muslime in NRW.

Weitere Neuerungen gibt es unter anderem bei der Leichenschau und durch ein Ver-

fahren zur Zertifizierung von Grabsteinen aus Ländern, wo Kinderarbeit zu beklagen ist. Das Gesetz tritt im Oktober in Kraft; die Regelung zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit im Mai 2015. Dann dürfen nur noch Grabsteine mit dem Siegel einer anerkannten Zertifizierungsstelle aufgestellt werden. Das Land startet in Modellregionen dazu eine wissenschaftliche Überprüfung.

Kibiz-Novelle: gut gemeint, schlecht gemacht

Mit rot-grüner Mehrheit hat das Parlament im Juni die umstrittenen Kibiz-Änderungen beschlossen. Diese sind vielleicht gut gemeint, aber schlecht gemacht. Eine Anhebung der Kindpauschalen hätte aus Sicht der CDU Vorrang vor allen anderen Revisionsschritten haben müssen. Die neuen Sonderförderungen (Familienzentrum, Familienzentrum mit besonderem Unterstützungsbedarf, Plus-Kita) lassen sich nicht genau voneinander abgrenzen und führen zu erheblichem Verwaltungsmehraufwand. Die Beteiligten fühlen sich mit der Umsetzung in der Praxis alleingelassen.

Unsere n ländlichen Raum nicht vergessen!

Besorgniserregend sind Warnungen vor dem Ausbluten des ländlichen Raums. Auch wenn es richtig ist, Kindertagesstätten in benachteiligten Regionen besonders zu fördern, darf nicht vergessen werden: Armut und Unterstützungsbedarfe von Kindern sind facettenreicher, als dass zusätzliche Mittel nur nach der Anzahl der Kinder im SGB II-Leistungsbezug verteilt werden dürfen.

Handeln statt Reden: Breitband-Förderung aufstocken

Auch beim Breitbandausbau ist die Bilanz von Rot-Grün enttäuschend. Die CDU forderte die Landesregierung oft auf, ein Konzept vorzulegen. Doch diese blockt alle Anträge im Wirtschaftsausschuss und im Landtag ab. Informationserfassung und Breitbandgespräche sind sicher gut, machen aber keine Datenleitung schneller.

Europäische Mittel nutzen

Für die CDU bleibt es dabei: 70 Millionen € für die Breitbandinfrastruktur in NRW bis 2020 sind zu wenig. Bayern investiert bis 2018 insges. 2 Milliarden €. Dabei könnte NRW auch Mittel aus dem europäischen Regionalfonds EFRE nutzen. Hieraus stehen dem Land bis 2020 rund 2,4 Milliarden € zur Verfügung. Leider fehlt der Landesregierung der politische Wille, diese Gelder auch für den Ausbau des schnellen Internets zu verwenden.

Standortvorteil wird verspielt

Die Zahlen aus dem Kreis Kleve sind teils erschreckend: Für die Hälfte der Gemeinden sind schnelle Daten-Autobahnen von mindestens 50 Mbit/s nicht erreichbar. In den übrigen Kommunen sind bis zu 70 % der Haushalte vom breitbandigen Internet abgeschnitten – ein klarer Standortnachteil. Dieses Bild setzt sich bei den Unternehmen fort. Dabei ist NRW Sitz der größten deutschen Telekommunikationsunternehmen. Der Ausbau des schnellen Internets muss im Standortwettbewerb um Unternehmen, junge Familien und kluge Köpfe Priorität haben. Hier wird ein Standortvorteil leichtfertig verspielt.

Unterrichtsausfall muss wieder erhoben werden

Die CDU-Fraktion fordert ein Ende des Rumlavierens bei der Erhebung von Unterrichtsausfall. Was in 13 anderen Bundesländern möglich ist, muss auch in NRW möglich sein! Dass Frau Löhrmann nun schweren Herzens Bereitschaft signalisiert hat, den Unterrichtsausfall wieder erheben zu wollen, belegt: Das konsequente Nachhaken der CDU in dieser die Eltern umtreibenden Frage war richtig und zeigt Wirkung. Unterricht kann erst gut sein, wenn er überhaupt stattfindet.

Offensiv gegen Ärztemangel

Thema einer umfassenden Expertenanhörung im Mai war erneut der Ärztemangel in ländlichen NRW-Regionen. Wie ist dort die ärztliche Versorgung nachhaltig sicherzustellen, so lautete eine der Fragen in einem Antrag der CDU-Fraktion. Es wurden drei zielführende Aspekte für den Weg aus der sich abzeichnenden Krise benannt:

1. Ausbildung verbessern und mehr Studienplätze schaffen,
2. mehr Unterstützung von außen,
3. Attraktivität erhöhen.

Weitere Diskussionspunkte waren die Bereiche Hilfestellungen durch Kommunen bei einer Niederlassung, Entlastung der Ärzte von Bürokratischen Vorgaben, Attraktivierung der Arbeitszeit sowie Möglichkeiten von Teambildung etwa in Gemeinschaftspraxen oder Versorgungszentren.

Anträge und Stellungnahmen zur Anhörung über hausärztliche Versorgung finden sich hier: Anhörung.